



**Sehr geehrter Herr Bundeskanzler Faymann,
Sehr geehrter Herr Wissenschaftsminister Mitterlehner,
Sehr geehrte Frau Familienministerin Karmasin,
Sehr geehrter Herr Sozialminister Hundstorfer,**

die von Ihnen geplante Senkung des Beitragssatzes zum Familienlastenausgleichsfonds stellt eine massive Gefährdung des Wertes der Familienbeihilfe und anderer Familienleistungen dar.

Die Familienbeihilfe verlor bereits in den vergangenen Jahrzehnten mangels voller Inflationsanpassung massiv an Wert. So betrug die Inflationsrate von 1992 bis heute in etwa 56%, die Familienbeihilfe für über 19-jährige wurde aber nur um ca. 12% angehoben. Die Studierendenfreifahrt wurde zudem abgeschafft, das Höchstalter für den Familienbeihilfenbezug wurde 2011 um zwei Jahre abgesenkt.

All dies sind direkte Folgen der Kürzungen des FLAF-Beitrags von ursprünglich 6% auf derzeit 4,5%. Zudem hat sich beim Familienlastenausgleichsfonds ein Schuldenberg aufgetürmt, der noch über Jahre bestehen bleiben wird.

In einer derartigen Situation weitere Einnahmekenkürzungsschritte zu setzen und den FLAF Beitrag auf 3,9% abzusenken ist nicht nur kurzfristig, sondern grob fahrlässig, zumal davon kein/e unselbstständig Beschäftigte/r einen Cent mehr in der Tasche haben wird, sondern diese Maßnahme bloß ein weiteres Geldgeschenk zu Lasten der Arbeitenden und der Studierenden an Unternehmen darstellt.

Mit dieser Maßnahme verhindern Sie, dass über die nächsten Jahre und Jahrzehnte ausreichend finanzielle Mittel für die Familienbeihilfe vorhanden sein werden. Die Österreichische HochschülerInnenschaft fordert Sie daher dazu auf, die Einnahmekenkürzungen beim Familienlastenausgleichsfonds zu unterlassen und stattdessen die Senkung des Höchstalters für den Familienbeihilfenbezug rückgängig zu machen.

Die Bundesvertretung der ÖH